

# Licht im Schatten der Bergspitze

## Bezirkspolitik

Die mangelnde Beteiligungsmöglichkeit im Fall Goetheplatz sorgt für Ärger und Resignation. Mit dem Altonaer Manifest wollen 25 Bürgerinitiativen ihre Kräfte bündeln und sich größeren Einfluss verschaffen

► Text: Katharina Manzke

**A**nhören – Mitreden“ hieß das Thema einer Podiumsdiskussion, die Anfang Dezember 2013 im Altonaer Rathaus stattfand. Es ging um den „B-Plan Altona-Altstadt 46“, den aktuellen Bebauungsplan der sogenannten „Bergspitze“, eines Gebäuderiesen, der neben Ikea in die Höhe wachsen soll. Nur wenige, etwa 50 Leute, waren gekommen. Das geplante Bauprojekt sorgt allerdings seit zwei Jahren durchgehend für Ärger und Enttäuschung bei vielen Altonaer Bürgern.

Das umstrittene Baugebiet ist nur einen Katzensprung vom Altonaer Rathaus entfernt: Am sogenannten „Goetheplatz“, dort wo Goethestraße, Große Bergstraße, Neue Große Bergstraße und die Altonaer Poststraße sich kreuzen, steht momentan noch die Preis-oase. Das Einkaufszentrum aus den 1960ern markiert mit seiner Vorderfront die Grenze zu einem Areal, das zurzeit noch als öffentlicher Raum genutzt wird. Sei es für einen kurzen Schnack mit dem Nachbarn oder für den Bummel über den Wochenmarkt. Wenn das Einkaufszentrum in naher Zukunft abgerissen wird und an seine Stelle das im Gesamtvolumen viel größere Gebäude der Bergspitze gesetzt wird, werden auch Teile des Platzes verschwinden. Bereits im Jahr 2012 betrachteten viele Bürger, allen voran die Mitglieder verschiedener Bürgerinitiativen, darunter *anna elbe* und *Lebendiges Altona*, diesen Umstand besorgt und skeptisch. Nicht grundsätzlich der Modernisierung abgeneigt, wollten sie vor allem die Pläne selbst aktiv mitgestalten, ihre eigenen Vorstellungen und Wünsche darin verwirklicht sehen – bevor das Bezirksamt die Geschäfte mit dem Investor abschließt. Eben in diesem Punkt wurden sie immer wieder enttäuscht. Das zeichnete sich schon im August 2012 ab, als *Steg* (Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft) und Bezirksamt zu einem viertägigen Workshop einluden, aber dessen Ergebnisse nicht abgewartet wurden. Der Bauvorbescheid wurde bereits erteilt, als die Veranstaltung noch in vollem Gange war ...

Auch die Podiumsdiskussion Anfang Dezember 2013 weckte mit dem Titel „Anhören – Mitreden“ falsche Hoffnungen, wurde die offizielle Baugenehmigung doch bereits im August des Jahres an Bruhn Immobilien vergeben. So gab Mark Classen (SPD), der die Gesprächsrunde im Altonaer Rathaus moderierte, unverblümt zu: „Das Bauvorhaben ist genehmigt. Das Thema Bergspitze ist durch“. Man könne

lediglich noch Anregungen geben. Viele machten ihrem Ärger Luft. Ein Thema war dabei besonders präsent: Keine einzige Sozialwohnung wird es in dem für Wohnraum vorgesehenen Bereich der Bergspitze geben und das, obwohl in Altona-Altstadt ein besonders großer Anteil an sozial schwachen Familien lebt. Als der Vertrag zur Baugenehmigung mit dem Investor geschlossen wurde, ließ Jürgen Warmke-Rose, bis vor Kurzem Bezirksamtsleiter, darin nicht den Bau von öffentlich geförderten Wohnungen festschreiben. Und das, obwohl die Bezirke im Sommer 2011 mit dem Senat den sogenannten „Drittelmix“ vereinbart hatten, der festlegt, dass bei Bauprojekten ab 20 Wohnungen von den Immobilienbesitzern ein Anteil von 30 Prozent Sozialwohnungen einzufordern ist. Warmke-Rose gibt an, vergessen zu haben, diesen im Vertrag aufzunehmen. „Das ist ärgerlich, aber da kann man nichts mehr ändern“, äußerte sich Mark Classen im Namen des Bezirksamtes im *Hamburger Abendblatt*.

Tatsächlich? Eine Bürgerin führte bei der Diskussion einen Paragraphen aus dem Baugesetzbuch an, der eine konkrete Anregung für den B-Plan darstellt: §9 BauGB Abs 1 Ziffer 7 mache möglich, auch nach dem Vertragsschluss noch sozialen Wohnungsbau festzuschreiben. 50 Prozent forderte sie für den neuen Bebauungsplan. Frank Conrad, der Fachamtsleiter Stadt- und Landschaftsplanung, bestätigte die Option. Man könne diese aber trotzdem nicht berücksichtigen. Der Grund: Der Bauherr bekäme durch diese zusätzliche Auflage finanzielle Nachteile und habe dann mit einem Artikel aus dem Grundgesetz die Möglichkeit, dagegen zu klagen. Baugesetz hat keine Chance gegen Grundgesetz. Der Wille vieler Bürger hat keine Chance gegenüber dem Willen des Großinvestors Hermann Friedrich Bruhn.

„Ich kann verstehen, wenn die Leute resignieren“, so Johannes Kohl von der Bürgerinitiative *anna elbe*. Der Kampf um den Goetheplatz scheint nach der erteilten Baugenehmigung verloren.

Er selbst lässt sich davon nicht einschüchtern, sondern zieht gemeinsam mit anderen Bürgern Konsequenzen für die Zukunft. Er engagiert sich innerhalb des Altonaer Manifestes, einem Zusammenschluss aus 25 Bürgerinitiativen in Altona. „Bürgerwillen verbindlich machen!“ lautet dessen zentrale Forderung. „Nur indem wir uns mit anderen zusammentun, haben wir als Initiativen die Möglichkeit, überhaupt noch zu agieren“, so Kohl. Neben *anna elbe*, die sich auf „kritische Orte“ in

Oben die reale  
Preisoase, unten  
eine Fotomontage,  
die die Größen-  
verhältnisse, nicht  
aber die Fassade,  
der genehmigten  
Bergspitze abbildet



der Stadt konzentriert haben, findet man Initiativen wie die Notgemeinschaft Breite Straße „all to nah“, Frappant e. V., Kolbenhof e. V., die Literaturinitiative „Lesetage“ selber machen – Vattenfall tschüss sagen“ und als Vertreter aus der Politik auch die Bezirksfraktion Altona „Die Linke“ auf der Liste der Unterzeichner. Auf der Webseite gibt es eine lange Liste von Punkten, für die alle gemeinsam stehen und sich engagieren: Wohnen als Grundrecht, Förderung lokaler Ökonomie, öffentliche Räume erhalten und erweitern, öffentlichen Nahverkehr und Radwege ausbauen und das Gemeinwesen gemeinsam regeln.

Ein großes, konkretes Ziel wurde bereits angesteuert. Es wurde ein Bürgerbegehren auf den Weg gebracht, das bei Erfolg der Sache Bürgerbegehren an sich in Hamburg mehr politische Verbindlichkeit geben soll. Hamburg ist verwaltungsrechtlich eine „Einheitsgemeinde“. Das heißt, Kommune und Land sind eins. Nicht die Bezirksversammlung, sondern die Hamburgische Bürgerschaft trifft die Entscheidungen. Vonseiten der Bezirkspolitiker können nur Empfehlungen kommen, dasselbe gilt für Bürgerentscheide. In der Vergangenheit scheiterten durch die Ablehnung des Senats schon mehrere Anliegen der Bürger. 2005 beispielsweise der Erhalt des historischen Bismarck-Bades. Im Fall „Goetheplatz“ hätte ein Bürgerbegehren von vorneherein keinen Sinn gemacht, weil es viel zu lange gedauert hätte.

Das Altonaer Manifest will jetzt durchsetzen, dass die Bezirke die Kompetenz haben, über wichtige interne Belange unabhängig vom Senat zu entscheiden. Dafür muss es Änderungen in der Verfassung geben. 6.000 Unterschriften werden für den ersten Schritt, das Bürgerbegehren, benötigt, die dann der Bezirksversammlung vergelegt werden. Es wird spannend sein, zu verfolgen, ob diese zustimmt oder ablehnt. Immerhin dürfte es auch im Interesse der Bezirkspolitiker sein, mehr politischen Einfluss zu bekommen.

Möglicherweise ist das Bürgerbegehren auch ein Impuls für die ganze Stadt. „Wir hoffen, dass wir genug Aufsehen erregen und uns dann andere Bezirke nachfolgen.“ „Wenn wir irgendwann einen Volksentscheid hinkriegen würden, kann auch der Senat nicht mehr Nein sagen“, erzählt Johannes Kohl. Bis dahin ist es aber noch ein weiter Weg. Die Bürgerinitiativen haben viel Ausdauer, denn Unterschriften sammeln, informieren und diskutieren sind gute Alternativen zum stillen Zusehen und Anhören. Es gibt Möglichkeiten mitzureden, auch außerhalb von öffentlichen Rathaus-Diskussionen. ●